

E-Partizipation

Möglichkeiten und Grenzen

[26.02.2026] Analoge Beteiligungsformate sprechen nur eine begrenzte Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern an. Fügen Kommunen digitale Partizipationsangebote planvoll hinzu, erreichen sie mehr Zielgruppen. Wichtig ist die intelligente Kombination der beiden Ansätze.

Kommunen stehen vor der Herausforderung, alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Mit traditionellen Beteiligungsformaten allein ist das nicht zu schaffen, da diese nur eine begrenzte Reichweite haben. Das ändert sich, wenn digitale Methoden hinzukommen. Denn damit entstehen völlig neue Kommunikationsräume – von interaktiven Onlineplattformen bis hin zu spielerischen Apps –, die beispielsweise jene Bürgerinnen und Bürger ansprechen können, die keine Präsenzveranstaltungen besuchen.

Auf diese Weise werden geografische Barrieren abgebaut und zeitunabhängige Diskussionen ermöglicht. Das verändert nicht nur die Art, wie Kommunen mit ihren Einwohnern kommunizieren, sondern auch die Art, wie Meinungsbildung stattfindet und Entscheidungen getroffen werden. Auch die Dynamiken können sich durch die E-Partizipation grundlegend ändern: Einige Menschen äußern sich digital offener als im direkten Kontakt.

Digitale Partizipation ist allerdings kein Selbstläufer, sondern ein Werkzeug, das gezielt eingesetzt werden muss. Das gilt auch für die Ausgestaltung der Beteiligungsangebote. Im Umgang mit den Bürgerrückmeldungen kann beispielsweise die Georeferenzierung hilfreich sein. Sie ermöglicht es, Beiträge geografischen Koordinaten und damit konkreten Räumen zuzuweisen. Diese räumliche Verortung macht Anliegen greifbarer und erlaubt präzisere Analysen von Nutzungskonflikten und Bedürfnissen.

Eine Ergänzung, kein Ersatz

Um komplexe planerische Informationen vor Ort visuell zugänglich zu machen, eignen sich wiederum digitale Kartentische. Bürgerinnen und Bürger können ihre Anliegen hier direkt am entsprechenden Standort eintragen, während Planende verschiedene Szenarien in Echtzeit visualisieren können.

Das digital umgesetzte Photovoice erweist sich ebenfalls als kraftvolles Instrument: Teilnehmende dokumentieren ihre Umgebung mit Fotos und nutzen diese als Grundlage für Diskussionen. Die Anliegen werden dadurch visuell nachvollziehbar, während reine Textbeiträge mitunter abstrakt bleiben.

Um echte Inklusion zu schaffen, ist es außerdem wichtig, dass die E-Partizipation barrieresensibel gestaltet wird, also mehrsprachig, sprachunterstützt und einfach zu bedienen ist.

Trotz ihrer Vorzüge darf die digitale Partizipation nie die einzige Beteiligungsmöglichkeit sein. Andernfalls würden erneut bestimmte Personengruppen ausgeschlossen. Nur mit hybriden Formaten können mehrere Zielgruppen erreicht und unterschiedliche Kommunikationspräferenzen berücksichtigt werden.

Kommunen, welche die digitale Partizipation einführen möchten, brauchen allem voran eine klare Strategie, um aus der Vielzahl an Lösungen zielgerichtet die für sie passenden herauszusuchen zu können.

Im ersten Schritt sollten sie deshalb die anvisierten Ziele des Beteiligungsverfahrens sowie den erwarteten Nutzen definieren: Sollen mehr Menschen erreicht, neue Zielgruppen angesprochen oder Verfahren effizienter gestaltet werden? Vielleicht sind auch alle drei Ziele relevant?

Weiterbildung zur digitalen Partizipation

Der Austausch mit erfahrenen Kolleginnen und Kollegen kann den Einstieg erleichtern. Auch Weiterbildungen oder die Zusammenarbeit mit Hochschulen und professionellen Beratungsbüros können helfen. So hat beispielsweise die [Hochschulallianz Ruhr](#) – ein Zusammenschluss der Hochschule Bochum, der Fachhochschule Dortmund und der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen – eine spezialisierte [Weiterbildung zur digitalen Partizipation](#) entwickelt, die praktische Werkzeuge mit einem theoretischen Fundament verbindet. Weitere Informationen dazu finden sich auf der Website der Hochschulallianz.

Die technische Umsetzung der E-Partizipation geben viele Kommunen, zumindest teilweise, an externe Dienstleister ab. Das verdeutlicht sowohl den Bedarf an Expertise als auch die Komplexität der Aufgabe. Zu den beiden häufigsten Hürden für Kommunen zählt einerseits die Notwendigkeit, für jedes Verfahren spezifische Anwendungen entwickeln zu müssen. Andererseits stellt die transparente Kommunikation des Umgangs mit den Ergebnissen eine große Herausforderung dar.

Darüber hinaus müssen Kommunen die digitale Kluft zwischen jüngeren und älteren Menschen berücksichtigen. Jüngere Menschen gehen eher problemlos mit Onlinetools um, während ältere Menschen wenig Erfahrung damit haben oder sich vor der Nutzung scheuen. Neben hybriden Formaten, welche die digitale mit der analogen Beteiligung kombinieren, können Schulungen helfen, die digitale Kluft zu überbrücken, indem sie Berührungsängste beispielsweise bei Seniorinnen und Senioren abbauen.

Stadtentwicklung als Gemeinschaftsprojekt

Falsche Erwartungen an die digitale Partizipation sind ebenfalls ein häufiger Stolperstein. Die meisten Missverständnisse entstehen, wenn digitale Partizipation als rein technische Lösung verstanden wird, die automatisch mehr und bessere Beteiligung garantiert. Eine realistische Kommunikation über die Möglichkeiten und Grenzen digitaler Beteiligung kann dies verhindern. Noch immer kann außerdem in ländlichen Regionen die Breitbandversorgung zum Problem für die E-Partizipation werden.

Wie das Potenzial digitaler Beteiligungsformate ausgeschöpft werden kann, wird nicht zuletzt durch die Kompetenzen der Verwaltungsmitarbeitenden bestimmt. Sie sollten ein gutes Verständnis von und eine gute Haltung zur Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation haben. Es geht nicht darum, keine Verfahrensfehler zu machen, sondern darum, die Sichtweisen von Einwohnern zu gewinnen und gemeinsam Stadtentwicklung zu betreiben. Diese Haltungsänderung ist grundlegender als technische Fertigkeiten. Partizipation entwickelt sich so von einem formalen Verfahren zu einem Instrument gemeinsamer Gestaltung.

In Summe zeigt sich: Die digitale Partizipation wird ein selbstverständlicher Teil der Öffentlichkeitsbeteiligung und sollte intelligent mit analogen Ansätzen kombiniert werden. Da sich die drängendsten Herausforderungen im Wesentlichen nur gemeinsam lösen lassen, müssen Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Institutionen, Wissenschaft und lokale Unternehmen zusammenwirken. Die digitale Partizipation ist hier ein wichtiger Baustein, der in einen größeren Kontext der Öffentlichkeitsbeteiligung eingebettet werden muss.

Dieser Beitrag ist in der Ausgabe Februar 2026 von Kommune21 erschienen. Hier können Sie ein Exemplar bestellen oder die Zeitschrift abonnieren.

Stichwörter: E-Partizipation, Bürgerbeteiligung